

„Die Menschen in Deutschland und die Beamtenschaft“ war das Thema eines Vortrages, den gestern abend im Hotel „Klausengang“ Herr Oberpostdirektor Kaufla aus Chemnitz hält. Staats- und Kommunalbeamte aus Aue, Schneeberg, Schwarzenberg u. a. waren in großer Zahl hier eingefunden. Den Vortrag hielt Herr Oberlehrer Hoh, der den Redner mit Begeisterungsmomenten empfing. Dieser entwöhnte in längeren, anstrengendem Weise die wohltätigen Gehilfen eines großen Chors vor.

Die Wirkung wurde erzielt durch den stimmungsvollen Reden des Vortragenden, glänzend besuchten Kirche und ergreifende Schilderungen die zahlreichen Hörer das Gotteshaus in dem Bewußtsein, eine Stunde schönen Genusses und reizvoller Erholung verlebt zu haben.

In den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenige Schüler und Schülerinnen, die Kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes, Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter, Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abhängigkeit der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfe bei Leistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Befreiung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbststeuernschärfungspflicht. Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abhängung aller indirekten Steuern, Höhe und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Kinderheit opfern.

Zum Schutz der Arbeitersklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf folgender Grundlage: a) Fortsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitsstages, b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren, c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt, Nachtarbeit erheben, d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter, e) Verbot des Durchsystems.

2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende ge-verbliche Hygiene.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

Sicherstellung des Koalitionsrechtes.

5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitteilung der Arbeiter an der Verwaltung.

Letzte Drahtnachrichten.

Sozialdemokratische Versammlungen in Berlin.

Berlin, 18. Dez. Die vom U. und S.-Rat ihres Amtes entzogenen Stadtärzte Dr. Gilbert, Heitner, Ebert und Schmid waren auf Anordnung des Ministeriums wieder in ihr Amt einzuführen, da dem U. und S.-Rat nur ein Kontrollrecht aufsteht. Hierzu ist von letzterem beim Ministerium Reichsverteidigung eingesetzt worden. Dasselbe hat nun verfügt, daß die Stadtärzte in ihren Räumen zu belassen sind. In der Begründung heißt es: Die Bevölkerung wäre nur berechtigt gewesen, wenn die Behörde nicht arbeitsfähig gewesen wäre.

18. Dez. Im Anschluß an die in Brambach im Donkland vorgenommenen Haussuchungen war erneut die Verwaltung ausgesprochen worden, in Bob Elster würden bei einer Durchsuchung noch viel größere Vorräte an Lebensmittel gefunden werden. Diese Annahme hat sich nicht bestätigt.

Bob Elster, 18. Dez. Im Anschluß an die in Brambach im Donkland vorgenommenen Haussuchungen war erneut die Verwaltung ausgesprochen worden, in Bob Elster würden bei einer Durchsuchung noch viel größere Vorräte an Lebensmitteln gefunden werden. Diese Annahme hat sich nicht bestätigt.

Weihen, 18. Dez. Unglaubliche Zustände herrschten bei dem 2. Inf.-Btl. des Landwehr-Auf. Regts. Nr. 101. Dort wurde eine Zentralverkaufsstelle unterhalten, um den Angehörigen des Bataillons Waren zu Vorauspreisen zu beschaffen. Die Leitung lag in den Händen des Bataillonehmers. Er hat seine Vertrauensstellung dazu benutzt, einen recht schamlosen Geschäftshandel zu treiben, wobei er im dem Adjutant-Vertreter Sch. einen eifersüchtigen Gehilfen fand. Beideührten in Weihen ein sehr unruhiges Leben. Als Verkaufsstelle wurden insbesondere Kaffee, Kunkhong, Cier, Trockenmilch, Gewürze, Zucker, Rosinen, Kakao, Tee, Nüsse, Marmelade geführt, welche Waren an einzelne Abnehmer in so großen Mengen abgegeben wurden, daß diese die Waren wieder weiter im Tauschhandel oder auf dem Wege des Schlechthandels abschlagen konnten.

Das Erfurter sozialistische Programm.

(Schluß.)

(Siehe auch Nr. 282 vom 4. Dezember 1918.)

II. Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem, und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neureinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. 8-jährige Gesetzgebungsperiode. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entzündigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk mittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Errichtung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Waffnachricht an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsausübung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Auflagen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Pflichtiger Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Versorgung.

Berlin, 18. Dez. Die deutsche demokratische Partei trat gestern in Berlin mit acht großen öffentlichen Versammlungen in den Wahlkampf ein. Es gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in welcher so heißt: Wir sind bereit, die heilige Regierung in ihrem Streben zu unterstützen, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Wie protestieren aber dagegen, daß man Bestrebungen duldet, welche die Reichseinheit gefährden.

Die preußgewiesenen Russen.

Berlin, 18. Dez. Die Vossische Zeitung will erfahren haben, daß Tolle und Radel, die zur Reichskonferenz der Arbeiters und Soldatenräte nach Berlin kamen wollten, infolge der Unzulänglichkeit des Dünaburger Soldatenrates über die Demarkationslinie gelangt waren. Auf Grund der Absage der deutschen Regierung wurde sie veranlaßt, nach Ruhland zurückzuschreiten.

Abbruch der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland.

Warschau, 18. Dez. Heute vormittag übereichte der Vorstand der politischen Abteilung des Ministeriums des Innern Dr. Karl Bader im Namen der polnischen Regierung dem deutschen Gesandten Grafen Kehler eine Note, in welcher unter Hinweis auf die Zustände in Oberschlesien, wo die deutschen Behörden den polnischen Staatsinteressen zuwidderlaufende Handlungen begingen und gemeinsam mit den Polen einen Plan vorgelegt hatten, die polnische Regierung die Überzeugung ausdrückt, daß weitere Verhandlungen mit der deutschen Regierung zwecklos, ja sogar für die innere Ordnung in Polen sowie für die künftigen gegenseitigen Beziehungen schädlich wären. Aus diesem Grunde lehnt die polnische Regierung genügend, die diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Republik abzubrechen und erhält den deutschen Vertreter, um persönlich samt dem Kommandanten der Gesandtschaft die Republik Polen zu verlassen. Graf Kehler erklärte, er werde in der nächsten Nächte die Grenzen des Staates verlassen.

Frankreichs Vertreter auf der Friedenskonferenz.

Paris, 18. Dez. (Agence Havas.) Nach einer Meldung des Soho de Paris werden die französischen Vertreter auf der Friedenskonferenz Clemenceau, Poincaré, Bourgeois und wahrscheinlich Tardieu sein.

Keine Milderung des Blockades.

Washington, 18. Dez. (Reuters.) Das Kriegsministerium gibt bekannt, daß vom 18. Dezember ab gegenstände von deutscher Notwendigkeit fort unbeschleunigt nach England, Frankreich, Italien, Japan und den Kolonien ausgeführt werden können, doch über keinerlei Gleichsetzung in der Blockade gegen Deutschland während der Zeit des Waffenstillstandes einzustehen werde.

Spanienjugend.

Berlin, 18. Dez. (dpa) Das 17-jährige Jungen und Mädchen gehen gestern lärmend unter Hochrufen auf Friedens- und Kola Zugzügen nach dem Abgeordnetenhaus. Sie fordern Geschwindarbeit für Jugendliche unter 16 Jahren, Abschaffung der Wehrpflicht und des Abschlagsverzeichnisses, Schaffung eines Jugendgelegetes unter Mitwirkung von Jugendlichen und die Volljährigkeit mit dem 18. Lebensjahr.